

Der ›U3-Ausbau‹ ist in der Ausgabenstatistik angekommen

Neue Anforderungen erfordern zusätzliche Ausgaben

Nachdem die Ausgaben für die Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zwischen den Jahren 2003 und 2006 praktisch konstant geblieben sind, weisen die jüngsten Zahlen für 2007 auf einen merklichen Ausgabenanstieg hin. Ob dies in allen Arbeitsfeldern und in Ost- und Westdeutschland so ist, wird im Folgenden genauer analysiert.

Für das Jahr 2007 belaufen sich die öffentlichen Ausgaben auf 22,793 Mrd. EUR für die Kinder- und Jugendhilfe (vgl. Tab. 1). Gegenüber dem Vorjahr (21,577 Mrd. EUR, einschl. ergänzender Schätzungen für Bayern¹) sind die Aufwendungen um 1,2 Mrd. EUR gestiegen (+5,6%). Preisbereinigt entspricht dies einer Zunahme von 3,3%. Im Ost-West-Vergleich zeigt sich ein Zuwachs für Westdeutschland (einschl. Berlin) um 5,8% (preisbereinigt +3,5%) sowie um 3,1% (preisbereinigt +0,8%) für Ostdeutschland.

Unterschiede zeigen sich auch für zentrale Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe, die Kindertagesbetreuung, die Hilfen zur Erziehung und die Schutzmaßnahmen sowie die Jugendarbeit.

Kindertagesbetreuung

In Westdeutschland wurden für die Kindertagesbetreuung 2007 10,6 Mrd. EUR ausgegeben. Dies sind 707 Mio. EUR mehr als noch 2006. Dieser deutliche Anstieg ist auf den Ausbau der An-

gebote für unter 3-Jährige zurückzuführen. Diese haben in Westdeutschland in einem vergleichbaren Zeitraum um 21.000 Angebote in Kindertageseinrichtungen und um 8.000 in der Kindertagespflege zugenommen. Die Zunahme wäre vermutlich noch höher ausgefallen, wenn nicht gleichzeitig Ausgabenreduzierungen im Kindergartenbereich stattgefunden hätten. Im gleichen Zeitraum haben 27.000 Kinder weniger den Kindergarten in Anspruch genommen.

Der Gesamtanstieg für die Kindertagesbetreuung beinhaltet 70 Mio. EUR mehr an Investitionsausgaben. Waren es 2006 noch 196 Mio. EUR, so beläuft sich dieser Posten 2007 auf 267 Mio. EUR. Die Steigerung um 36% (preisbereinigt 34%) dokumentiert, dass damit begonnen wurde, neue Plätze zu schaffen. Zwischen 2005 und 2006 stagnierten noch die Investitionsausgaben (vgl. Kom^{Dat} 3/2007).

Die Ausgaben für die Kindertagespflege haben sich ebenfalls merklich erhöht, und zwar von 90 Mio. EUR auf 122

Mio. EUR. Aufgrund des ausstehenden erheblichen Ausbaubedarfs von ca. 400.000 Angeboten ist in den nächsten Jahren mit weiteren Zunahmen in diesem Arbeitsfeld zu rechnen.

In Ostdeutschland haben die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung zwischen 2006 und 2007 um knapp 89 Mio. EUR zugenommen (+3,7%, preisbereinigt +1,4%). Dies ist auf eine leichte Zunahme des Angebotes um

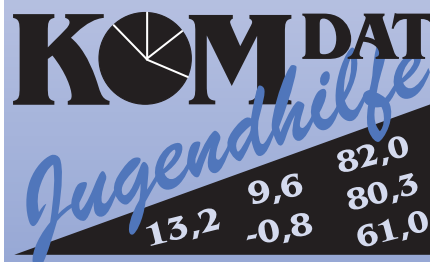
Tab. 1: Ausgabenentwicklung für ausgewählte Arbeitsfelder d. Kinder- u. Jugendhilfe (Ost- u. Westdeutschland; 2006, 2007)

	2006 in Mio. EUR	2007 in Mio. EUR	Veränderung		Preis- bereinigt in %
			abs.	in %	
Ausgaben insgesamt	21.577 ¹	22.793	1.215	5,6	3,3
Davon					
Westliche Bundesländer	17.780 ¹	18.813	1.033	5,8	3,5
Östliche Bundesländer	3.643	3.757	114	3,1	0,8
Oberste Bundesjugend.	154	223*	68	44,2	41,0
Einnahmen	2.172	2.252	80	3,7	1,4
Reine Ausgaben insg.	19.406 ¹	20.540	1.135	5,8	3,5

* Die Zunahme bei den Ausgaben des Bundes ist vor allem auf ein Förderprogramm zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Feld der Jugendsozialarbeit zurückzuführen.
Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

¹ Bis einschließlich 2006 wurden die Ausgaben für Bayern nicht vollständig in der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik nachgewiesen. Es fehlten Personalkostenzuschüsse sowie investive Zuschüsse für Kindergärten freier Träger. Nach Schätzungen des zuständigen Ministeriums beliefen sich die Zuschüsse im Jahr 2006 auf ca. 653 Mio. EUR. Um die Vergleichbarkeit zum Jahr 2007 zu gewährleisten, wurden die 653 Mio. EUR bei den Auswertungen berücksichtigt.

Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe, Informationsdienst der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, AKJ^{Stat}, gefördert durch das BMFSFJ und MGFFI NW



Editorial

Die UNICEF hat in diesen Tagen eine Studie über die Kinderbetreuung in OECD-Staaten vorgelegt (www.unicef-irc.org). Wieder einmal landet Deutschland im Mittelfeld. Auch wenn die Datengrundlage angesichts der anhaltenden Veränderungen schon etwas überholt erscheint, so stellt die Studie immerhin zentrale Fragen: Wie hoch sind die öffentlichen Investitionen in die Kindertagesbetreuung? Wie steht es mit dem Personaleinsatz in den Kindertageseinrichtungen? Die Analysen im vorliegenden Heft greifen diese Fragen auf und bilanzieren die jüngsten Entwicklungen.

Ein weiteres Ereignis gibt Anlass zur Bilanzierung. In diesen Tagen hat das BMFSFJ den Referentenentwurf für ein ›Bundeskinderschutzgesetz‹ vorgelegt. Als Beitrag zur empirischen Fundierung der damit verbundenen Diskussion haben wir das aktuelle Datenmaterial zur Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern sowie zu den Aktivitäten der Kinder- und Jugendhilfe in Sachen Kinderschutz zusammengetragen.

Allen Leserinnen und Lesern von Kom^{Dat} wünschen wir eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start in das Jahr 2009.

Inhalt

Schwerpunkthemen

Der ›U3-Ausbau‹ ist in der Ausgabenstatistik angekommen	1
Im Lichte von ›KICK‹, im Schatten von ›Kevin‹	2
Personaleinsatz in Kindertageseinrichtungen	3

Kurz und prägnant

Kindertagespflege kommt langsam in Fahrt	5
Herausnahmezahlen geben Rätsel auf	5

Notizen

Hilfen zur Erziehung 2007	6
-------------------------------------	---

1% und der Investitionsausgaben (+16 Mio. EUR) zurückzuführen.

Hilfen zur Erziehung und Schutzmaßnahmen

Die Entwicklung für die Hilfen zur Erziehung zeichnete sich für die letzten Jahre durch einen leichten Anstieg der Aufwendungen für die ambulanten und einen leichten Rückgang für die stationären Hilfen aus. Die Entwicklung zwischen 2006 und 2007 signalisiert eine Trendwende. Für den Westen sind die Ausgaben für ambulante Hilfen deutlich um 8% (preisbereinigt +5,8%) und

auch die Aufwendungen für stationäre Hilfen um 4% (preisbereinigt +2,0%) gestiegen. Für den Osten fällt dieser Trend mit +5,9% (+3,6%) und +0,7% (-1,6%) weniger deutlich aus.

Um 20% (preisbereinigt +17,7%) zugenommen haben die Ausgaben für die Inobhutnahme in Westdeutschland. Für den Osten beträgt der Anstieg 8% (preisbereinigt +5,9%). Deutlich wird, dass die Jugendhilfe vermehrt auf die Gefährdungslagen von Kindern mit Erziehungshilfen, zunehmend aber auch mit Interventionen reagiert (vgl. Rauschenbach/Pothmann in diesem Heft).

Kinder- und Jugendarbeit

Die Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit sind insbesondere in Westdeutschland wieder leicht um 4,4% (preisbereinigt +2,1%) gestiegen. Nachdem die deutlichen Personalrückgänge zwischen 2002 und 2006 befürchten ließen, dass die Jugendarbeit unter die Räder der schwindenden Finanzen der Kommunen gerät, lassen die aktuellen Zahlen wieder etwas Hoffnung zu. In Ostdeutschland ist die Ausgabenhöhe immerhin praktisch gleich geblieben.

Matthias Schilling

Im Lichte von »KICK«, im Schatten von »Kevin«

Höhere Sensibilität – geschärfte Wahrnehmung – gestiegene Verunsicherung

Die gesellschaftliche und nicht zuletzt auch staatliche Aufgabe, Kinder vor Vernachlässigungen und Misshandlungen zu schützen, hat in den letzten Jahren im »öffentlichen Bewusstsein« an Bedeutung gewonnen. Der Gesetzgeber hat darauf 2005 durch das »KICK« und die hiermit verbundene Einführung des § 8a in das SGB VIII reagiert und damit diese Entwicklung weiter forciert. Maßgeblich Einfluss genommen hat zudem die mediale Berichterstattung über grausame Einzelschicksale von zu Tode gekommenen Kleinkindern. Der »Fall Kevin« Ende 2006 ist ein Synonym hierfür. Kom^{Dat} hatte dieses Ereignis zum Anlass genommen, in einem Sonderheft das Datenmaterial zusammenzutragen (vgl. Kom^{Dat}, Okt. 06). Mehr als zwei Jahre danach ist nach den Veränderungen seit dieser Zeit zu fragen.

Misshandlung Schutzbefohlener

Geht es um das Ausmaß von Kindesmisshandlungen in der Familie, lohnt bei aller Vorsicht ein Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Erfasst werden hier u.a. die zur Anzeige gebrachten Fälle von Gewalt gegen Kinder im familiären Raum, die so genannte »Misshandlung von Schutzbefohlenen«. Die Zahl dieser Fälle hat 2007 weiter zugenommen und ist auf 1.707 gestiegen. Das sind doppelt so viele wie Ende der 1990er-Jahre. Zwischen 2004 und 2007 zeigt sich im Verhältnis zur altersentsprechenden Bevölkerung eine Zunahme der Quote von 3,2 auf zuletzt 4,1 Fälle pro 10.000 der unter 6-Jährigen (vgl. Tab. 1).

Diese Entwicklung verdeutlicht vor allem ein verändertes Anzeigeverhalten in der Bevölkerung. Die Öffentlichkeit ist gegenüber Gewalt in der Familie sensibler geworden. Von einer spürbar realen Zunahme dieser Fälle ist unterdessen anhand dieser Daten nicht auszugehen. Dies bestätigt der Blick an eine andere Stelle der PKS, auf die »Mord-, Totschlags- und Tötungsopfer«. Die für die letzten Jahre ausge-

wiesenen Opferzahlen von etwa 4 pro 100.000 der unter 6-Jährigen liegen unter denen von vor 10 Jahren.

Hilfen zur Erziehung

Im Jahre 2007 hat die Zahl der innerhalb eines Jahres begonnenen Hilfen zur Erziehung für Kinder im Alter von unter 6 Jahren und deren Familien deutlich zugenommen (vgl. Tab. 1). Erfasste die Statistik 2006 noch rund 29.700 Neuhilfen, so ist 2007 in über 35.400 Fällen eine Hilfe zur Erziehung eingeleitet worden (+19%). Zum Vergleich: Zwischen 2005 und 2006 stieg die Fallzahl um 9%

sowie davor – also vor Inkrafttreten des § 8a – um jährlich etwa 3%. Dieser auch insgesamt für die Leistungen der Hilfen zur Erziehung zu beobachtende Anstieg geht mit einer Zunahme der Ausgaben einher (vgl. Schilling in diesem Heft).

Die genannten 35.400 Neufälle berücksichtigen allerdings noch nicht alle zuletzt erfassten Hilfen zur Erziehung. Mit der neu konzipierten und 2007 erstmals durchgeführten Statistik zu den erzieherischen Hilfen werden auch die so genannten Hilfen nach »§ 27 Abs. 2 SGB VIII« gezählt. Werden diese ca. 4.400 Fälle noch hinzugezählt, so ist für die unter 6-Jährigen von einer Gesamtfallzahl von nicht ganz 40.000 begonnenen Leistungen auszugehen. Pro 10.000 der unter 6-Jährigen sind das 95 Hilfen – das entspricht einer Quote von ca.1%.

Hier nicht mit eingerechnet sind allerdings die Erziehungsberatungen. In weit mehr als 60.000 Fällen haben Familien mit ihren Kindern 2007 eine entsprechende Hilfe begonnen. Das sind 1,4% der unter 6-Jährigen.

Tab. 1: Fälle der Misshandlung Schutzbefohlener, erzieherischen Hilfen, Inobhutnahmen u. Sorgerechtsentzüge mit Kindern im Alter von unter 6 J. (Deutschland; 2004-2007; Angaben pro 10.000 der altersentsprechenden Bevölkerung)

	Misshandlung Schutzbefohlener (PKS)	Hilfen zur Erziehung (KJH-Stat.) ¹	Schutz-/Inobhutnahmen (KJH-Stat.)	Sorgerechtsentzüge (KJH-Stat.) ²
2004	3,2	59,7	6,9	8,1 ³
2005	3,3	62,5	7,3	9,0
2006	3,6	70,1	8,8	10,1
2007	4,1	84,4	10,6	11,6

*1 Berücksichtigt worden sind die im Erhebungsjahr begonnenen Hilfen (ohne Erziehungsberatung); 2 Schätzung; 3 Ergebnis für 2003
 Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe; BKA: Polizeiliche Kriminalstatistik; versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen*

Keineswegs hat man es hier durchweg und auch nicht überwiegend mit Vernachlässigungs- oder gar Misshandlungsfällen zu tun. Vielmehr wollen die Jugendämter durch ein differenziertes Hilfeangebot genau dieser Gefahr vorbeugen. Durch frühzeitige Unterstützung und Entlastung in Belastungs- und Krisensituationen soll es erst gar nicht zu einer Gefahr für das Kindeswohl kommen.

Inobhutnahmen und Sorgerechtsentzüge

Vorläufige Schutzmaßnahmen haben anders als Hilfen zur Erziehung einen Eingriffscharakter gegenüber der elterlichen Erziehungsverantwortung. Im Jahre 2007 wurde bei unter 6-Jährigen insgesamt ca. 4.400-mal auf dieses Instrument zurückgegriffen. Dieser Wert liegt 19% über dem 2006er- sowie 41% über dem 2005er-Ergebnis. Wurden 2005 pro 10.000 der unter 6-Jährigen noch 7 Kinder in Obhut genommen, so waren es 2007 bereits 11 (vgl. Tab. 1). Dies ist ein deutlicher Anstieg, eine erkennbare Reaktion auf die öffentliche Debatte.

Ist ein Kind in Obhut genommen, wird in der Regel über sorgerechtliche Maßnahmen zumindest nachgedacht, nicht selten kommt es auch dazu. Die Zahl der Sorgerechtsentzüge hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, von ca. 8.100 im Jahre 2003 auf etwa 10.800 im Jahre 2007 (+27%).

Nicht hervor geht aus den Daten das Alter der Minderjährigen. Nimmt man an, dass etwa 45% der Maßnahmen bei Kindern im Alter von unter 6 Jahren ergriffen werden (vgl. Münder u.a. 2000), so würde dies für den benannten Zeit-

Kinderschutz – eine Herausforderung für die deutsche Statistik?

Verlässliche Daten über das Ausmaß der Vernachlässigung und Misshandlung von jungen Menschen in ihren Familien liegen nicht vor. Stattdessen ist man auf ungenaue Schätzungen angewiesen (vgl. Kom^{Dat}, Okt. 06). Dabei ist das Erkenntnisproblem ein Doppeltes: Weder weiß man etwas über die Gesamtzahl von Vernachlässigungs- und Misshandlungsoffern durch elterliche Gewalt noch etwas über die Zahl der gefährdeten Kinder und Jugendlichen, die in den Akten der Jugendämter geführt werden.

Zumindest bei letztgenannter Wissenslücke stellt sich die Frage nach möglichen Konsequenzen für die amtliche Statistik. Vorstellbar wäre etwa in Anlehnung an § 8a Abs. 1 eine Erhebung über Gefährdungsmeldungen bei Jugendämtern. Profitieren könnte man hier von Erfahrungen aus der englischen Kinder- und Jugendhilfe. Sowohl in den Jugendämtern als auch an zentraler Stelle erfasst werden dort Kinder und Jugendliche mit einem so genannten »Child Protection Plan« (www.dcsf.gov.uk > »research and statistics« vom 11.12.08).

Denkbar wäre aber auch, in dieser Frage bestehende Erhebungsinstrumente wie das zu den Hilfen zur Erziehung zu nutzen. So wäre es denkbar, im Rahmen der Erfassung der erzieherischen Hilfen nach einer vorangegangenen Gefährdungsmeldung im Sinne des § 8a zu fragen.

Egal, welchen Weg man wählt: In jedem Fall hätte man künftig eine verbesserte empirische Grundlage über Meldungen zu Gefährdungen und Vernachlässigungen von Kindern – und nicht nur über eingeleitete Hilfen. Das geplante Kinderschutzgesetz wäre eine gute Gelegenheit, diesen Punkt zu klären.

raum für diese Altersgruppe einen Anstieg um geschätzt 33% oder ca. 1.200 auf etwa 4.800 Fälle bedeuten. Pro 10.000 der unter 6-Jährigen wären das ca. 12 sorgerechtliche Maßnahmen.

Zwischen schärferer Wahrnehmung und Verunsicherung

Es würde zu kurz greifen, die vorgestellten Befunde gleichzusetzen mit einer Eskalation der Gewalt gegenüber Kindern in den Familien und somit mit einer steigenden Zahl an Vernachlässigungs- und Misshandlungsoffern. Um dies zu beurteilen, fehlt es an einer verlässlichen Datengrundlage (siehe Kasten).

- Die »PKS-Zahlen« zeigen eine Fallzahlenzunahme bei der »Misshandlung von Schutzbefohlenen«.
- Gestiegen sind zudem die erzieherischen Hilfen, die Inobhutnahmen und die Sorgerechtsentzüge.
- Die Ergebnisse signalisieren eine gestiegene Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, aber auch bei den Sozialen Diensten gegenüber Vernachlässigungen und Misshandlungen von Kindern.

Vielmehr ist die Sensibilität der Öffentlichkeit im Allgemeinen, aber wohl auch die der Sozialen Dienste gegenüber Vernachlässigungen und Misshandlungen spürbar gestiegen. Zweitens schauen die Fachkräfte bei familiären Konflikten oder gar bei Bekanntwerden von möglichen Kindeswohlgefährdungen genauer hin. Es ist von einer Schärfung der Wahrnehmung bei den Sozialen Diensten auszugehen.

Eine höhere Sensibilität sowie eine schärfere Wahrnehmung seitens der Fachkräfte haben drittens zur Folge, dass zur Unterstützung von Familien, zum Schutz von Kindern Hilfen zur Erziehung, aber auch intervenierende Maßnahmen zunehmen. Nicht zu unterschätzen ist ferner, dass viertens auch die Verunsicherung, nicht oder zu spät zu intervenieren, bei Sozialen Diensten steigt. Auch dies spiegelt sich in den steigenden Fallzahlen wider.

Thomas Rauschenbach/Jens Pothmann

Personaleinsatz in Kindertageseinrichtungen – Verbesserungen zwischen 2006 und 2007

Spätestens mit dem Inkrafttreten des KiFöGs und des damit notwendig gewordenen Ausbaus der Angebote der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige drängt sich die Frage auf, ob der Ausbau Auswirkungen auf die Qualität der Angebote hat. Dabei ist die Erzieher-Kind-Relation eine zentrale Dimension. Mit Hilfe der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik kann ab 2006 die Relation zwischen Personaleinsatz und zu betreuenden Kindern pro Gruppe berechnet werden. Inzwischen konnten die Berechnungen für die Ergebnisse des Jahres 2006 und 2007 durchgeführt werden, wodurch erstmals eine zeitliche Entwicklung analysiert werden kann.

Methodischer Hinweis

Um den Personaleinsatz zwischen den Bundesländern, aber auch den Gruppentypen zu vergleichen, müssen Ver-

zerrungen aufgrund der unterschiedlichen Betreuungszeiten der Kinder und der Teilzeittätigkeit des Personals ausgeschlossen werden. Hierfür wird für

jede Gruppe das Gesamtarbeitsvolumen der pädagogisch Tätigen (Vollzeitäquivalente) in Relation zu allen Betreuungsstunden der Kinder (Ganztags-

inanspruchnahmeäquivalente) gesetzt. Da hierbei mehrere Faktoren zu berücksichtigen sind, können diese Berechnungen nur mit den anonymisierten Einzeldaten im Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter durchgeführt werden.

Die ersten Analysen hierzu wurden von der AKJ^{Stat} im Zahlenspiegel 2007 (vgl. DJI 2008), dem Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme (vgl. Bock-Famulla 2008) oder auch dem Nationalen Bildungsbericht (vgl. Autorengruppe 2008) veröffentlicht.

Unterschiede nach Gruppenarten

Insbesondere unter dem Gesichtspunkt des anstehenden Ausbaus der Angebote für unter 3-Jährige in Westdeutschland hat die Strukturqualität, gemessen über den Personaleinsatz, eine zentrale Bedeutung. Ein je nach Bundesland unterschiedlicher Anteil der unter 3-Jährigen wird in »Krippengruppen« betreut – das sind Gruppen, die ausschließlich unter 3-Jährige besuchen. Für diese

Gruppenart zeigt sich, dass im Durchschnitt auf 1 Vollzeitbeschäftigungsäquivalent 6,2 Ganztagsinanspruchnahmeäquivalente kommen. Dabei reicht in den einzelnen Ländern die Spannweite von 1:4,3 bis zu 1:7,3.

Bei den Kindergartengruppen reicht der Personaleinsatz von 1:8,5 in Rheinland-Pfalz bis hin zu 1:13,3 in Mecklenburg-Vorpommern. Überraschend ist das Ergebnis, dass auch 2007 der Personaleinsatz in Kindergartengruppen, die auch 2-jährige Kinder aufnehmen, kaum besser ist. Der durchschnittliche Personaleinsatz liegt bei 1:9,5 gegenüber 1:9,8. Der geringe Unterschied begründet sich erstens dadurch, dass pro Kindergartengruppe in den meisten Fällen nur ein 2-jähriges Kind aufgenommen wird und sich dadurch der Personalschlüssel rechnerisch nur um 1:0,5 bei einer Ganztagsinanspruchnahme verbessert, bei Halbtagsplätzen sogar nur um 1:0,25. Zweitens sind diese Gruppen wahrscheinlich stärker nachgefragt, so dass alle Plätze belegt sind.

In den »normalen« Kindergartengruppen ist das nicht immer der Fall.

Verbesserungen in einzelnen Bundesländern

Wenngleich sich zwischen 2006 und 2007 Verbesserungen beim Personaleinsatz aufzeigen lassen, so sind die zu beobachtenden Veränderungen bundesweit eher gering. Allerdings werden hierüber z.T. erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern ausgeblendet.

So lassen sich bei den Kindergartengruppen in Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein Verbesserungen von 0,5 bis zu 0,8 Ganztagsäquivalenten beobachten (vgl. Tab. 1). Gleichzeitig sind für Brandenburg, Nordrhein-Westfalen oder Thüringen keine Veränderungen oder sogar geringfügige Verschlechterungen festzustellen.

Deutlicher fallen die Verbesserungen bei der Personalausstattung für die Kindergartengruppen mit 2-Jährigen aus. Zu benennen sind diesbezüglich Bayern, Hamburg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz. Diese Länder erreichen eine Verbesserung des Personaleinsatzes in der Spannbreite von 0,5 in Rheinland-Pfalz bis hin zu 1,1 Ganztagsäquivalenten in Hamburg.

Länderdifferenzen werden größer

Durch die Ergebnisse nicht zu beobachten ist die zu erwartende Angleichung zwischen den Ländern. Im Trend ist die Differenz zwischen dem Land mit dem höchsten und dem niedrigsten Personaleinsatz größer geworden. Betrug diese 2006 für die Kindergartengruppen mit 2-Jährigen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz noch 4,1 zugunsten des letztgenannten Landes, so beträgt sie 2007 bereits 4,9 Ganztagsäquivalente.

Kirsten Fuchs-Rechlin/Jens Lange

Tab. 1: Personalressourceneinsatzrelation in Kindertageseinrichtungen nach Gruppentypen in den Bundesländern (ohne Berlin u. Bremen) 15.03.2006 und 15.03.2007 (Ganztagsinanspruchnahmeäquivalente pro Vollzeitbeschäftigungsäquivalent; Mittelwert)

	Krippengruppen		Kindergartengruppen ¹		Kindergartengruppen mit 2-Jährigen ¹	
	2007	Differenz zu 2006	2007	Differenz zu 2006	2007	Differenz zu 2006
Deutschland	6,2	-0,2	9,9	-0,1	9,5	-0,3
Westdeutschland	5,1	-0,1	9,3	-0,2	9,1	-0,3
Ostdeutschland	6,6	-0,2	12,5	0,0	12,1	-0,1
Baden-Württemberg	/ ²	/ ²	9,0	-0,2	9,0	-0,2
Bayern	5,0	0,1	9,9	-0,5	9,7	-0,6
Brandenburg	7,3	-0,5	12,1	0,0	12,1	0,1
Hamburg	5,8	-0,4	9,8	-0,6	9,9	-1,1
Hessen	4,8	-0,2	9,8	0,1	9,7	0,1
Mecklenburg-V.	5,7	-0,2	13,3	-0,2	13,3	0,2
Niedersachsen	5,7	-0,2	9,3	-0,3	9,5	-0,2
Nordrhein-Westfalen	/ ²	/ ²	9,2	0,0	8,7	-0,2
Rheinland-Pfalz	4,3	0,1	8,5	-0,3	8,4	-0,5
Saarland	/ ²	/ ²	9,0	-0,3	8,9	-0,3
Sachsen	6,6	-0,1	12,6	-0,1	12,5	-0,1
Sachsen-Anhalt	6,7	-0,2	11,7	-0,1	11,2	0,1
Schleswig-Holstein	5,9	0,5	9,8	-0,8	9,6	-0,7
Thüringen	6,5	0,0	12,6	0,5	11,8	-0,1

1 In »Kindergartengruppen« werden ausschließlich Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt, in »Kindergartengruppen mit 2-Jährigen« hingegen auch bis zu 5 2-Jährige betreut.

2 In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland stellt die Betreuung unter 3-Jähriger in »reinen Krippengruppen« den Ausnahmefall dar. In den Ergebnissen für Westdeutschland und Deutschland bleiben diese Länder deshalb unberücksichtigt.

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen, versch. Jahrgänge; Sonderauswertung der vom Forschungsdatenzentrum der Länder bereitgestellten anonymisierten Einzeldaten; eigene Berechnungen

In diesem Heft verwendete Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2008, Bielefeld 2008 (www.bildungsbericht.de).

Bock-Famulla, K.: Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2008, Gütersloh 2008 (www.laendermonitor.de).

[DJI] Deutsches Jugendinstitut: Zahlenspiegel 2007 – Kinderbetreuung im Spiegel der Statistik, München 2008 (www.dji.de).

Münder, J. u. a.: Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz, Münster 2000.

Kindertagespflege kommt langsam in Fahrt

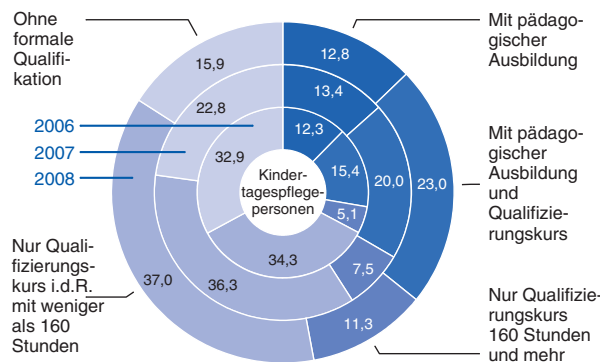
[ms] Geht es nach dem Willen der Regierungskoalition, dann sollen bis 2013 ca. 750.000 Plätze für Kinder unter 3 Jahren zur Verfügung stehen. 30% des Ausbaus soll durch die Kindertagespflege realisiert werden. Die wesentliche Voraussetzung hierfür soll das zum 01.01.09 in Kraft tretende Kinderfördergesetz (KiFöG) schaffen. Wie aber sieht die Lage unmittelbar vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aus?

Wurden 2006 bundesweit erst 60.500 Kinder unter 14 Jahren in Kindertagespflege betreut, so waren es zwei Jahre später bereits 86.000 Kinder (vgl. Tab. 1). Dies ist ein Anstieg um 25.500 Kinder (+42%). Eingegrenzt auf das Angebot für die unter 3-Jährigen in Westdeutschland, stellt sich die Lage wie folgt dar: Die Anzahl der betreuten Kinder ist um 14.600 Kinder bzw. 68% auf zusammen 36.000 Kinder gestiegen. Dies ist sicherlich eine Entwicklung in die richtige Richtung, allerdings mit einem noch zu geringen Volumen. Soll das vorgegebene Ziel erreicht werden, so müssen in den verbleibenden fünf Jahren jährlich mehr als 20.000 neue Angebote geschaffen werden. Auch wenn das KiFöG hierfür eine gute Grundlage bildet, wird dies nicht ohne erhebliche zusätzliche Anstrengungen zu schaffen sein.

Aufschlussreich ist die Entwicklung der Qualifikationsprofile. Diesbezüglich gibt es eine gute und eine schlechte Nachricht. Zunächst ist auf der einen Seite unübersehbar: Der Anteil zu ge-

ring qualifizierter Personen in der Kindertagespflege ist immer noch viel zu hoch: 16% haben bundesweit immer noch keinerlei formale Qualifikation (im Westen mehr als im Osten) und 37% können lediglich auf einen Qualifizierungskurs von weniger als 160 Stunden zurückgreifen (vgl. Abb. 1). Dies ist nach einhelliger Einschätzung der Fachwelt eindeutig zu wenig.

Abb. 1: Kindertagespflegepersonen nach Art der Qualifikation (Deutschland; 2006-2008; in %)



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe; versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Die gute Nachricht ist auf der anderen Seite unterdessen die, dass innerhalb von nur zwei Jahren der Anteil gut bzw. Mindestqualifizierter von 33% auf 47% gestiegen ist. Das ist eine erfreuliche Entwicklung und lässt – vor allem auch im Horizont des neu gestarteten Aktionsprogramms Kindertagespflege der Bundesregierung – hoffen.

Herausnahmezahlen geben Rätsel auf

[jp] Für das Jahr 2007 weist die Statistik zu den vorläufigen Schutzmaßnahmen 435 Herausnahmen aus. Das ist nahezu das Doppelte im Vergleich zum Jahre 2005 mit 222 Maßnahmen. Nicht nur diese Entwicklung, sondern überhaupt die eigentlich aus der Zeit vor der Novellierung des SGB VIII durch das »KICK« stammende Unterscheidung irritiert, zumal im § 42 SGB VIII selber der Begriff der »Herausnahme« unerwähnt bleibt.

Was aber nun ist mit einer Herausnahme in der amtlichen Statistik gemeint? Folgt man den Erläuterungen des Erhebungsbogens, so ist unter einer »Inobhutnahme« eine vorläufige Un-

terbringung von Kindern oder Jugendlichen durch das Jugendamt zu verstehen. Eine »Herausnahme« liegt vor, wenn »Kinder oder Jugendliche bei einer dringenden Gefahr für ihr Wohl von einer anderen Person weggenommen werden.« Bezug genommen wird damit auf den § 42 Abs. 1 letzter Halbsatz.

Damit umfasst die Herausnahme andere Szenarien als vor der Neuordnung der rechtlichen Regelungen. Bis dahin galt als Herausnahme die Wegnahme eines Minderjährigen von z.B. einer Pflegefamilie oder Einrichtung, in der sich der Minderjährige mit Zustimmung der Eltern aufgehalten hat. Es ist also davon auszugehen, dass eine Vergleichbarkeit der aktuellen Ergebnisse mit denen vor 2006 nicht gegeben ist.

Die Ergebnisse zu den Herausnahmen 2007 selber irritieren mitunter. So mutet die Fallzahl von 435 Herausnahmen bei 28.192 vorläufigen Schutzmaßnahmen gering an, entspricht dies doch gerade einmal einem Anteil von 2%. Im Saarland, in Sachsen-Anhalt und in Thüringen wurden 2007 überhaupt keine Herausnahmen durchgeführt. Für Sachsen wird 1 Fall, für Niedersachsen werden gerade einmal 8 Herausnahmen gezählt. Es fällt schwer, zu glauben, dass Eingriffe in das Erziehungsrecht der Eltern in einem so hohen Maße auf einem Konsens von Eltern und Fachkräften beruhen sollen.

Dabei sind Herausnahmen keineswegs auf die Personensorgeberechtigten beschränkt. Bei immerhin einem Drittel der Herausnahmen hat der Minderjährige nicht bei den Personensorgeberechtigten gelebt, sondern in einer stationären Einrichtung, einer betreuten Wohnform oder in einer Pflegefamilie.

Alles in allem scheint eine Differenzierung der vorläufigen Schutzmaßnahmen in Inobhutnahmen einerseits und Herausnahmen andererseits zum jetzigen Zeitpunkt wenig tragfähig bzw. können möglicherweise nicht ohne Vorbehalte verwendet werden. Gleichwohl bietet die Statistik andere Unterscheidungsmöglichkeiten, um die Durchführung von vorläufigen Schutzmaßnahmen (einschließlich der Herausnahmen) bei Gefährdungslagen von Kindern und Jugendlichen darzustellen und zu differenzieren.

Tab. 1: Eckwerte der Kindertagespflege (Deutschland; 2006-2008)

	2006	2007	2008
Betreute Kinder insg.	60.588	72.890	86.072
darunter unter 3-J.	33.503	42.681	51.076
Tagespflegepersonen	30.427	33.136	36.383

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe; versch. Jahrgänge; eigene Berechn.

11. Jahrgang

Herausgeber:
Prof. Dr. Th. Rauschenbach
Redaktion:
Dr. Jens Pothmann
Dr. Matthias Schilling

Erscheinungsweise: 3-mal jährlich

Impressum

ISSN 1436-1450

Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- & Jugendhilfestatistik – AKJ^{Stat}

Technische Universität Dortmund
FB12/Forschungsverbund DJI/TUDo
CDI-Gebäude, Vogelpothsweg 78,
44227 Dortmund

Tel.: 0231/755-5557

Fax: 0231/755-5559

www.akjstat.uni-dortmund.de

E-Mail: komdat@fb12.uni-dortmund.de

Bezugsmöglichkeiten:

Die Ausgaben von Kom^{Dat} sind kostenfrei. Die Hefte werden als PDF-Datei per E-Mail oder als Druckfassung auf dem Postwege verschickt.

Satz: AKJ^{Stat}

Druck: Offsetdruck J. Heinze Dortmund

Prekäre Lebenslagen belasten familiäre Erziehung – erste Ergebnisse zu den erzieherischen Hilfen 2007

Im Dezember dieses Jahres hat das Statistische Bundesamt (Destatis) die ersten Erhebungsergebnisse der neu konzipierten amtlichen Statistik zu den erzieherischen Hilfen, den Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen – diese Maßnahmen wurden bislang überhaupt nicht erfasst – sowie den Hilfen für junge Volljährige vorgelegt (Pressemitteilung v. 15.12.2008). Veröffentlicht wurden Daten für das Jahr 2007 (www.destatis.de > Publikationen > Publikationsservice).

Die amtliche Erfassung von Leistungen der Hilfen zur Erziehung ist nicht neu erfunden worden. Zahlreiche Merkmale, die bislang schon erhoben worden sind, werden auch weiterhin abgefragt, so dass Zeitreihenanalysen zur Inanspruchnahme von Hilfen nach wie vor möglich sind (vgl. Rauschenbach/Pothmann in diesem Heft). Dennoch wurden Erhebungstatbestände gestrichen und modifiziert, andere wiederum sind neu hinzugekommen.

Diesbezüglich durfte man im Vorfeld z.B. gespannt sein auf die Ergebnisse zum Bezug von staatlichen Transferleistungen für Familien bzw. junge Volljährige, die eine Hilfe zur Erziehung in Anspruch nehmen. Nicht zuletzt ist damit die Frage verbunden, inwieweit Armutslagen bzw. Lebenslagen, die von Armut bedroht sind, dazu führen, dass eine dem Wohl des Kindes entsprechende Erziehung nicht mehr vollständig gewährleistet wird.

Im Jahr 2007 haben Jugendämter in Deutschland 421.000 erzieherische Hilfen für Familien, Kinder, Jugendliche und junge Volljährige neu gewährt. 29% dieser Familien bzw. der jungen Volljährigen sind zur Finanzierung des Lebensunterhalts zumindest zu einem Teil auf staatliche Unterstützung angewiesen (Arbeitslosengeld II,

bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Sozialhilfe).

Bei den 295.000 begonnenen Erziehungsberatungen lag der Anteil der Beziehender von Transferleistungen bei knapp 17%. Bei den übrigen 126.000 erzieherischen Hilfen (zum Beispiel sozialpädagogische Familienhilfe, Heimerziehung, Vollzeitpflege) betrug der Anteil der Empfänger/-innen von staatlichen Transferleistungen nicht ganz 59% (vgl. Tab. 1). Mit etwa 73% war der Anteil der Empfänger/-innen von Transferleistungen bei den Vollzeitpflegehilfen am höchsten; bei den sozialpädagogischen Familienhilfen (SPFH) erhielten zwei von drei Familien eine finanzielle staatliche Unterstützung.

Unabhängig von der Hilfeart liegt der Anteil von Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind, bei den Alleinerziehenden jeweils höher. Für die sozialpädagogische Familienhilfe erreicht dieser Wert sogar 76%. Das heißt, drei von vier Alleinerziehenden, die eine SPFH in Anspruch nehmen, sind ganz oder teilweise von den genannten staatlichen Unterstützungsleistungen abhängig. Dieses Ergebnis verweist einmal mehr auf die vielfältigen Problemlagen und die damit verbundenen Erschwernisse des Alltags von Alleinerziehenden.

F.-J. Kolvenbach (Destatis)/
J. Pothmann

Tab. 1: Begonnene erzieherische Hilfen nach Hilfearten und Bezug von Transferleistungen (Deutschland; 2007)

	Anzahl der Hilfen	dar. mit Bezug von Transferleistungen	
		Anzahl	In %
Hilfen zur Erziehung (HzE) insgesamt	421.232	122.569	29,1
dv. Erziehungsberatung	295.035	48.604	16,5
dv. HzE ohne Erziehungsberatung	126.197	73.965	58,6
dar. sozialpädagogische Familienhilfe	31.689	20.990	66,2
dar. Erziehung in einer Tagesgruppe	8.655	4.896	56,6
dar. Vollzeitpflege in anderer Familie	13.080	9.502	72,6
dar. Heimerziehung	28.706	16.655	58,0

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, Eingliederungshilfen, Hilfen für junge Volljährige 2007